

Sessionsbericht April-Session 2011

1) **Sondersession Energie**

Die März-Session stand unmittelbar unter dem Eindruck der Tsunami- und Erdbebenkatastrophe in Japan mit den nachfolgenden Schäden an den AKW-Reaktoren in Fukushima. Es mag wenig erstaunen, dass dieses Ereignis die Märzsession überschattete. Es wurden „literweise“ Vorstösse eingereicht, die nun in einer Sondersession abgearbeitet werden müssen. Aus wahltaktischen Gründen entstand ein Streit darüber, wann diese Sondersession stattfinden soll:
Antrag Grüne: Sondersession März in der 2. Sessionswoche zum Thema AKW-Sicherheit.
Antrag FDP: Sondersession Generaldebatte in der Juni-Session, Antrag BDP: Sondersession erst nach den Wahlen in der November-Session. SVP: keine Sondersession, bzw. erst nach den Wahlen. Die hierfür entscheidungskompetente Präsidentenkonferenz hat den Zeitpunkt der Sondersession nun auf den 14./15. Juni festgelegt (integriert in Juni-Session).

2) **„Spitalzentrum Biel“**

Peter Moser (FDP) verlangt mit einer Motion, dass die unsäglichen Wirren im Spitalzentrum Biel durch die Oberaufsichtskommission (OAK) untersucht werden. Die Motion wird mit überwältigendem Mehr angenommen. Es ist zu hoffen, dass dank einer möglichst neutralen Beurteilung durch die OAK in dieser Sache nicht mehr mit Vorstössen reagiert werden muss.

3) **„Verbot überparteilicher Listenverbindungen“**

Die Motion (Widmer, BDP) wird zurückgezogen. Die reine Wahlkampfaktik war auch zu offensichtlich.

4) **„Das Cassis de Dijon“ Prinzip durchlöchert das Schweiz. Qualitätsniveau“**

Die Motion (Wälchli, SVP) zielt auf ein Aushebeln der Lebensmittel aus dem Cassis de Dijon Prinzip über eine Standesinitiative. Der Rat lehnt dieses Ansinnen knapp mit 54:53 Stimmen ab. Der zweite Punkt der Motion „In der Schweiz für den Schweizerischen Markt produzierte Lebensmittel müssen den schweizerischen gesetzlich vorgeschriebenen Qualitätsnormen entsprechen“ konnte der Rat ohne Bedenken annehmen, da es sich um einen sich selbst erfüllenden Punkt handelt. SVP-Logik? In solchen landwirtschaftlichen Debatten fühlt sich unsere Fraktion sehr einsam....

5) **„Bericht über Zusammenschluss Inselspital / Spital Netz Bern AG“ (Martinelli, BDP) „Stärkung des Medizinalstandorts Bern“ Kreditgeschäft**

Beide Geschäfte werden zusammen behandelt. Im Vordergrund steht die künftige Rechtsform: Fusion oder Holding. Es gibt zahlreiche rechtliche Vorbehalte, da es sich bei der Insel um eine Stiftung handelt. Die Mehrheit der Votanten spricht sich für eine Holding-Lösung aus, möchte aber dem künftigen Leitungsorgan keine diesbezüglichen Vorgaben machen. Die FDP stellt den Antrag auf Ablehnung des Kreditgeschäftes. Der Grund für diese Haltung liegt ausnahmsweise nicht bei finanzpolitischen Bedenken. Es ist jedoch schlicht nicht einsehbar, warum der Staat hier eine Zwangsehe fördern soll. Entweder ist die „Fusion“ eine Wunschehe, dann braucht es keine Subventionen oder die „Fusion“ ist eine ungeliebte Zwangsehe. Dann nützen aber auch Subventionen nichts. Diese ordnungspolitische Grundhaltung ist eigentlich logisch. Für unsere Fraktion war es jedoch sehr frustrierend, wie weit die Staatsgläubigkeit in der Medizin auch in die Reihen der SVP und BDP gediehen ist. So hatte denn auch eine FDP-Planungserklärung keine Chance, welche einen Einbezug der Privatspitäler ins Projekt verlangt. Unser Kredit-Ablehnungsantrag hatte ebenfalls keine Chance. Zum Glück hat der Rat einen Antrag der BDP mit 78:62 Stimmen abgelehnt, wonach schon heute die Rechtsform verbindlich festgelegt werden soll. Diese Denkarbeit muss nun wirklich das zukünftige Leitungsgremium übernehmen. Hierfür ist das Parlament nicht zuständig...

6) „Gesamtschau aller Bereiche der Gesundheitsversorgung“ (Motion Küng, SVP)

Die Motion riecht nach dem Wunsch zur Zementierung der Spitalstandorte nach dem Motto „Jedem Täli sein Spitäli“. Eine Gesamtschau ist zweckmässig, aber die Regierung sollte nicht zu stark eingeeengt werden, damit sie wirklich eine Gesamtschau machen kann. Die FDP hat sich gegen solche Zementierungsgelüste gewehrt. Dank unserem Druck wurde die Motion immerhin in ein Postulat gewandelt. Die Überweisung als unverbindliches Postulat konnten wir nicht verhindern.

7) Musikschulgesetz

Zu Beginn stellt der Präsident der Finanzkommission (Heinz Siegenthaler, BDP) den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen, bis die Regierung das Entlastungspaket vorgelegt habe. Das Geschäft wurde für die FDP durch Corinne Schmidhauser vertreten. Die FDP stellte sich gegen eine Rückweisung, weil das Gesetz im wesentlichen bereits den bestehenden Zustand legalisieren soll. Zudem enthält das Gesetz einen finanzpolitischen Vorbehalt, wonach der Kanton bei äusserst schlechter Finanzlage seine Leistungen kürzen kann. Der Rückweisungsantrag wird schliesslich mit 96:35 Stimmen abgelehnt. Der Antrag erhielt nur vereinzelte Stimmen der SVP und BDP.

Die 1. Lesung war geprägt von zahlreichen Anträgen, in denen die unterschiedlichen Grundansichten zur Schulpolitik zum Ausdruck kamen. Die SVP will Musikschule erst ab Schuleintritt, dafür dann bis zum 25. Altersjahr, der Grossteil des Rates will aber den Kindergarten einschliessen und die Leistungen mit der Vollendung der Ausbildung auf Sekundarstufe II (Antrag Schmidhauser, FDP) begrenzen. Im Sinne einer Rückweisung an die Kommission hat der Rat unseren Antrag angenommen. Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die SVP einen Leistungsanspruch auf dem Dorf bis zum 25. Altersjahr unterstützt. Ansonsten seien die Musikvereine auf dem Dorf gefährdet....

8) Programm Bildung und Kultur / Finanzierung der Versuchsphase / Kreditgeschäft

Das seinerzeit vom Rat an den Erziehungsdirektor zum „Abspecken“ zurückgewiesene Projekt wird in der neuen Form vom Rat mit 83 zu 61 Stimmen genehmigt. Unsere Fraktion hat den Kredit nach einer finanzpolitischen Beurteilung mehrheitlich abgelehnt. Dieses Geschäft zeigt exemplarisch, dass die bürgerlichen Parteien es wohl kaum schaffen werden, unpopuläre Sparmassnahmen durchzusetzen, wenn nicht einmal eine neue Aufgabe verhindert wird. In diesem Geschäft hat uns die BDP im Stich gelassen.

9) Bewilligung der Staatsbeiträge an die Privaten Gymnasien / Kreditgeschäft

Trotz der Kürzung der Pauschalbeiträge im Rahmen der Sparmassnahmen um jährlich 900'000 Franken wird der mehrjährige Verpflichtungskredit vom Rat klar gutgeheissen. Die privaten Gymnasien erhalten damit für die nächsten 5 Jahre Planungssicherheit. Es werden 60% der durchschnittlichen Kosten der öffentlichen Gymnasien ausgerichtet, was zeigt, dass die privaten Gymnasien den Kanton wesentlich weniger Geld kosten als die öffentlichen. Der Antrag Bhend (SP), der weitergehende Kürzungen verlangte, wurde vom Rat mit 83:55:3 Abgelehnt. Der Rat hat gewürdigt, dass die Privatschulen ihren Sparbeitrag bereits leisten müssen.

10) Erhöhung des Anfangsgehalts und gesicherter Lohnaufstieg für Lehrpersonen / Motion Blaser (SP)

Die Motion fordert die Erhöhung der Einstiegsgehälter und eine kontinuierlichere Lohnentwicklungskurve und das Erreichen des Maximums nach spätestens 30 Jahren.

Der Rat überwies den Vorstoss lediglich als Postulat mit 86:47:5 zur Prüfung durch die Regierung. RR Pulver sprach sich gegen Leistungslohn für Lehrer aus und für eine Rückkehr zum automatischen Lohnaufstieg, der 2007 aufgegeben worden war. Mehrkosten für den Kanton sind gemäss RR nicht zu befürchten, da ab 2015 eine Welle von Pensionierungen von (teuren) Lehrkräften ansteht. Das neue Lehreranstellungsgesetz soll 2014 in Kraft treten.

11) Wasserstrategie

Die Wasserstrategie stellt eine Gesamtsicht und Richtlinien für den Umgang mit Wasser auf in den Teilbereichen **Wassernutzung, Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung**. Sie basiert auf bestehenden Gesetzen und entfaltet Behördenverbindlichkeit.

Die Teilstrategie **Wasserversorgung** gab zu keinen grossen Diskussionen Anlass, sie wurde mit 140:0 zur Kenntnis genommen, gleich wie die Teilstrategie Siedlungsentwässerung (139:0). Mehr zu reden gab die Teilstrategie Wassernutzung, da nach Fukushima natürlich die Frage im Raum stand, wie in fernerer Zukunft die Stromversorgung ohne AKW sichergestellt werden kann. Der Rückweisungsantrag der SVP wurde vom Rat mit 78: 69 abgelehnt (auch von der FDP), weil mit einer Rückweisung kein einziges Projekt beschleunigt würde. Im Gegenteil: Unbestrittene Projekte würden auf den St. Nimmerleinstag verschoben, da das bisherige Moratorium verlängert worden wäre. Ohne Wasserstrategie wäre das schädliche Moratorium in Kraft geblieben. Dank Annahme der Strategie ist heute das Moratorium vom Tisch.

Trotzdem: Die Wassernutzung muss intensiviert werden. Mit 83:53 Stimmen durchsetzen konnte sich daher **die FDP mit dem Antrag Flück** auf rasche Aktualisierung der Teilstrategie Wassernutzung. Darin wird verlangt, dass die Regierung eine Produktionserhöhung von 300 (gem. Wasserstrategie) auf mindestens 500 GWh (entspricht dem Bedarf von ca. 25'000 Haushalten) oder mehr als strategische Zielsetzung festlegt.

Die Ablehnung der Rückweisung machte unseren bürgerlichen Partnerparteien keine Freude. Sogar die Medien haben jedoch gewürdigt, dass wir bei diesem Geschäft nicht die Nerven verloren haben. Es ist klar, dass mit der vorliegenden Wasserstrategie „Mühleberg“ nicht kompensiert werden kann. Eine Rückweisung alleine deswegen wäre jedoch kontraproduktiv. Gestützt auf die Strategie können nun rasch unbestrittene Projekte realisiert werden. Es liegt nun an Regierungsrätin Egger zu beweisen, dass sie sich ernsthaft bemüht, die energiepolitischen Grundlagen zu liefern, welche eine sichere Stromversorgung ohne AKW plausibel macht!

12) Ortsdurchfahrt Bützberg / Kreditgeschäft

Dieses Kreditgeschäft war insbesondere deshalb umstritten, weil die FIKO einen Rückweisungsantrag gestellt hatte. Von Teilen des Rates wurde das als „Strafaktion“ gegen den Oberaargau dargestellt, da ja bekanntlich der Volksvorschlag gegen die Motorfahrzeugsteuer-Gesetzesrevision aus diesem Gebiet kam.

Die FIKO hatte sich aus finanzpolitischen Gründen für eine Rückweisung entschieden, weil ja irgendwo mit Sparen begonnen werden muss. Das war eigentlich auch die Haltung der FDP, die sich während der ganzen Session gegen neue Kredite gestellt hatte. Die FDP hat bei allen Kreditgeschäften einen Rückweisungsantrag gestellt mit dem Ziel, die Regierung zu einer neuen finanzpolitischen Lagebeurteilung zu zwingen. Diese Anträge waren im Plenum chancenlos. Die FDP sah jedoch nicht ein, warum ausgerechnet das „Bützberger Geschäft“ im Sinne eines Revanchefouls geopfert werden soll. Eine gesamtheitliche, strenge Sparpolitik ja! Zufallsaktionen nein!

Aus diesem Grund lehnte der Rat die Rückweisung mit 82:58:2 ab und bewilligte den Kredit mit 100:21:23 Stimmen, wohl nicht zuletzt, weil sich RR Egger vehement für das Projekt wehrte, welches letztlich nur eine Fertigstellung der bereits angelaufenen Arbeiten darstellt.

13) Lotteriegesetz / Änderung

Neu werden von den jährlich ca. 50 Mio., die dem Lotteriefonds zufließen, 35% statt wie bisher 25% dem Sportfonds zugewiesen. Zusätzlich wird der Sportfonds zwecks Sanierung einmalig mit 25 Mio. aus dem Lotteriefonds gespiesen. Das Gesetz wurde diskussionslos mit 153:0 Stimmen angenommen.

14) Revision Polizeigesetz

Damit die Polizei schwere Straftaten (Kinderpornographie, Vermögensdelikte, Drogenhandel) verhindern und im bisherigen Rahmen präventiv observieren und ermitteln kann, musste das Polizeigesetz angepasst werden, weil mit der neuen eidg. Strafprozessordnung die Kompetenz zur gesetzlichen Regelung an die Kantone delegiert wurde.

Der neuen Regelung wurde diskussionslos und einstimmig zugestimmt.

15) Gesetz über die Bernischen Landeskirchen / Änderung

Im Wesentlichen ging es um die Einschränkung der Residenzpflicht, die öffentlich-rechtliche Anstellung der Pfarrpersonen (statt Wahl) und die vermehrte gemeindeübergreifende Pfarrstellen-Zuordnung. Die Änderungen waren unbestritten.

16 Unbefriedigende Regelung zum Bauen ausserhalb der Bauzone/ Motion Berger (SVP)

Hier ging es einmal mehr um eine aus SVP-Kreisen behauptete zu restriktive Praxis des AGR bei Bauten ausserhalb der Bauzonen. Obschon RR Neuhaus nachweisen konnte, dass in beiden monierten Einzelfällen Lösungen gefunden wurden und das AGR keineswegs restriktiv handelt, sondern über 95% der Fälle befriedigend gelöst werden können, wurde die Motion mit 126:13 angenommen und die Abschreibung mit 74:70 abgelehnt. Dass die Abschreibung bachab ging, war der BDP zuzuschreiben, die mit der SVP stimmte.

17) Reduktion der Personalgemeinkosten / Motion Blank (SVP)

Die Motion zielt letztlich auf eine Senkung der Personalkosten im Staatshaushalt, ist aber im Ansatz falsch, weil sie einseitig die Personalgemeinkosten im Visier hat. Der Motionär hat hier die Buchhaltung nicht richtig begriffen. Auf bürgerlicher Seite wird die Stossrichtung einhellig begrüsst. Die Motion wird gewandelt und als Postulat mit 90:49 angenommen.

18) Keine Neuverschuldung im Kanton Bern / Motion Kohler (BDP)

Auch dieser Vorstoss wird auf bürgerlicher Seite einstimmig begrüsst, aber auch hier ist der Ansatz einer strikten Vorgabe, die der Regierung keinen Handlungsspielraum lässt, falsch. Die FDP war auch hier mit der Stossrichtung einverstanden. Wir waren jedoch nicht einverstanden, dass in der Motion verbindliche Limiten vorgesehen waren. Wir gehen davon aus, dass die Regierung noch mehr sparen muss. Der Vorstoss wird als Postulat mit 106:35:1 angenommen.

Vermutlich muss die Regierung sogar noch über die Vorgaben im Vorstoss hinausgehen (Einsparungen ab 2012 um 300 Mio. und ab 2013 um 400 Mio.), wenn sie die Schuldenbremse einhalten will. Unsere Fraktion hat die Gelegenheit benützt klar zu stellen, dass wir keinen Voranschlag genehmigen werden, der die Vorgaben der Schuldenbremse verletzt.

19) Besteuerung nach dem Aufwand / Motion Brand/Blank (SVP)

Die Motion verlangt, dass das Bernische Steuergesetz den bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen sei und dass der gleiche Mindestbetrag wie bei der direkten Bundessteuer gelten soll. Dieses emotionale Thema geniesst auch in bürgerlichen Kreisen Sympathie, jedoch ist es zu früh, eine Anpassung an bundesrechtliche Vorschriften zu machen, die noch gar nicht existieren und bevor man weiss, was die anderen Kantone machen.

Der Vorstoss wird als unverbindliches Postulat mit 109:9:14 angenommen.

April/Mai 2011

Verantwortlich für den Bericht
Hans Baumberger (Vizefraktionspräsident)
Adrian Kneubühler (Fraktionspräsident)